

WELCHE IMPULSE DER ARBEITSMARKT BRAUCHT

Viele offene Stellen können derzeit in der Industrie nicht besetzt werden. Welche Schwerpunkte die Arbeitsmarktreform setzen sollte, zeigt die IV.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



AUSBLICK
Welche Schwerpunkte
die IV-Fachkräfteoffensive setzt

Seite 4



ANALYSE
Hohe Energiepreise
als Aufschwungsbremse

Seite 5



STEIERMARK
Chemie Akademie als Aus-
und Weiterbildungspartner

Seite 10

Wie die Slowakei den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig stärken möchte

Bei einem Arbeitsbesuch in Bratislava diskutierte IV-Präsident Georg Knill mit slowakischer Spitzenpolitik und Industrie über industriepolitische Themen, die beide Länder verbinden.

Sie sind die Wachstumslokomotiven in Europa: Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erwartet für die 23 Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas heuer einen BIP-Anstieg von 5,4 Prozent. Als einer der größten Investoren in der Region profitiert davon natürlich auch Österreich, das mit zahlreichen Unternehmen vertreten ist.

Nach drei Corona-Wellen in den vergangenen 18 Monaten hat auch die Wirtschaft

in der Slowakei Fahrt aufgenommen. Angetrieben durch eine starke Industrie, deren Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal des Jahres um knapp 27 Prozent zulegte. Wachstumszentren waren hier vor allem die Schlüsselbranche Automobilindustrie, aber auch die Herstellung von Metallerzeugnissen, elektrischen Ausrüstungen oder Gummi- und Kunststoffprodukten. Gebremst wird der Aufholprozess jedoch durch die weltweit mehr als angespannte Verfügbarkeit von notwendigen Rohstoffen. Zudem

besteht auch in der Slowakei beträchtlicher Fachkräftemangel. Das wiiw rechnete Ende Oktober mit einem BIP-Zuwachs von vier Prozent für heuer und 4,4 Prozent für 2022.

Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds

Wachstumsimpulse setzt die Regierung unter Premier Igor Matovič mit einem investiv angelegten Haushalt. 2021 wird die Staatsschuldenquote von 60 auf 65 Prozent ansteigen. Investitionen fließen vor allem in die Infrastruktur. Dabei ist die Verwendung von den 6,3 Mrd. Euro an Aufbaumitteln der EU wesentlich. (Zum Vergleich: Österreich erhält hier 3,5 Mrd. Euro.) Unter dem Titel „Innovative Wirtschaft; Moderner Staat; Gesunde Regionen“ geht es bis zum Jahr 2026 um Investitionen unter anderem in die Gebäudesanierung, nachhaltige Verkehrslösungen, die Dekarbonisierung der Industrie, Forschung und Entwicklung sowie das Gesundheitswesen.

Schwerpunkte der Regierungspolitik, wie die Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds, der auch Chancen für österreichische Unternehmen birgt, waren ebenso Thema bei einem Arbeitsbesuch von IV-Präsident Georg Knill in Bratislava im Oktober, wie der Weltklimagipfel in Glasgow und internationale Handelspolitik. Im Gespräch mit



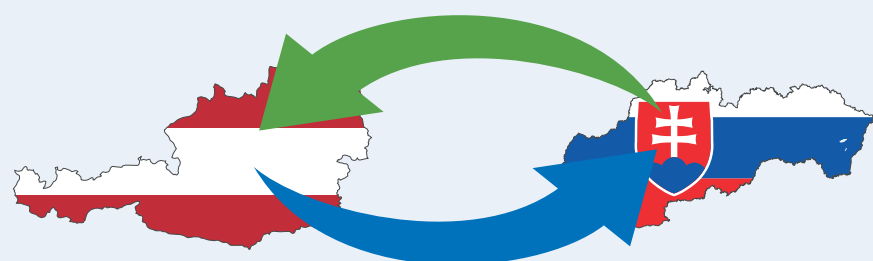
IV-Präsident Georg Knill mit dem slowakischen Vizepremier Richard Sulík

Vizepremierminister und Wirtschaftsminister Richard Sulík, Umweltminister Ján Budaj und Staatssekretären im Finanz- und Wirtschaftsministerium konnten zudem Anliegen heimischer Unternehmen, die vor Ort tätig sind, erörtert werden.

Österreich zählt zu den größten Investoren in der Slowakei, mit rund 2.000 rot-weiß-roten Niederlassungen – davon 500 Produktionsbetrieben. Die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern sind daher von massivem Interesse für die heimische Industrie.

Warenhandel zwischen Österreich und der Slowakei:

Warenhandel 2020: 2,91 Mrd. Euro
Bestand der Direktinvestitionen 2020: 0,18 Mrd. Euro



Warenhandel 2020: 2,90 Mrd. Euro
Bestand der Direktinvestitionen 2020: 5,58 Mrd. Euro

Quelle: Statistik Austria, OENB

Die Slowakei ist Österreichs elftichtigste Exportdestination, bei Importen steht sie an zehnter Stelle. Exportiert und importiert werden vor allem Produkte des Automotive-Sektors, Elektronik und Maschinen.

GASTKOMMENTAR

Ach, Deutschland

Warum die Gefahr relativ groß ist, dass unter der nächsten Regierung die Berliner Republik wieder einmal zum „kranken Mann Europas“ wird, und was das mit dem Züchten von Einhörnern zu tun hat.

Worum es in den nächsten Jahren in Deutschland, der mit Abstand wichtigsten Wirtschaftsmacht Europas, wirklich geht, hat schon vor einem Jahr der Chefredakteur der „Welt“, Ulf Poschardt, präzise auf den Punkt gebracht: „Im Superwahljahr 2021 wird sich entscheiden, ob Deutschland wieder der kranke Mann Europas wird, um bei den Moralweltspielen Gold zu holen – oder aber eine Art Innovations-Biturbo, der die lahmen europäischen Volkswirtschaften mitreißt, mit Künstlicher Intelligenz, Gentechnik, Wasserstoff und super effizienter Mobilität Bürgern mehr Freiheit und Lebensqualität anbietet und gleichzeitig global Verantwortung übernimmt.“ diagnostizierte er: „Dazu muss es auch wegweisende Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels geben, die nicht wie bei den Grünen als eine Art nostalgische Reformbewegung daherkommen, sondern absolute Modernität anstreben.“

Genau das ist der Punkt, aber heute, nach geschlagener Wahl und am Vorabend der Bildung einer neuen Bundesregierung in Berlin, sieht es leider nicht wirklich danach aus, als würde Deutschland zum „Innovations-Biturbo“ werden, zu einer Art europäischem

Silicon Valley zukunftsfitter Unternehmen, durchdrungen von einem Spirit des Unternehmertums und der Innovation.

Wie dringend das in Wahrheit notwendig wäre, zeigt schon das deutsche Einhorn-Problem. Einhörner, also Start-up-Unternehmen mit einem Marktwert von einer Milliarde Dollar oder mehr, sind gleichsam die Leuchttürme der digital getriebenen Internet-Ökonomie – und davon gibt es in Deutschland viel weniger, als einer so technikaffinen Nation angemessen wäre. So kommt etwa Israel mit zehn Millionen Einwohnern auf 66 Einhorn-Unternehmen, während Deutschland bei 83 Millionen Menschen auf 19 derartige Erfolgsbetriebe kommt; das Vereinigte Königreich weist mit 109 Einhörnern ebenfalls dramatisch mehr dieser Innovationsträger auf als die Berliner Republik. (Österreich liegt übrigens mit zwei in Relation etwa gleich schlecht wie Deutschland.)

Dahinter steht freilich ein ganz anderes Problem, dessen Lösung von einer Regierung unter Führung der SPD und mit starker Grüner Beteiligung eher kaum zu erwarten ist. Denn in Deutschland – wie in vielen anderen Staaten – haben seit Beginn der Finanzkrise 2008, vor allem aber der Corona-Pandemie,

der Staat und die Staatsgläubigkeit massiv an Terrain gewonnen und die wirtschaftliche Freiheit ebenso massiv an Terrain verloren; nicht nur politisch und ökonomisch; sondern vor allem – und das ist viel schlimmer – in den Köpfen der Menschen. Der marxistische Philosoph Antonio Gramsci hat vor 90 Jahren definiert, wie die politische Linke ihren Kampf gegen die Liberalen und das Bürgertum gewinnen kann. Es gehe vor allem darum, die kulturelle Hegemonie in den Debatten zu erringen, um dann die dahinter verborgenen Ziele zu realisieren.

Nicht nur Deutschland ist diesem Zustand in den vergangenen Jahren deutlich näher gekommen. Auch deshalb, weil sich die bisher staatstragende CDU unter Frau Merkel zu einer weitgehend sozialdemokratischen Partei entwickelt hat, die dem kaum noch etwas entgegengesetzt hat; mit bekanntem Ergebnis. Das verhindert, unter anderem, eine andere ganz essenzielle Maßnahme, die dringend notwendig wäre: den Ausstieg Deutschlands aus dem völlig irrationalen und gefühlsgesteuerten Atom-Ausstieg. Anstatt, wie geplant, die letzten sechs verbliebenen Atomkraftwerke in den nächsten zwölf Monaten abzuschalten, wäre es grundvernünftig, deren Laufzeit zu verlängern – und damit den CO₂-Ausstoß

Deutschlands um zehn Prozent zu verringern, weil damit umweltschädliche Kohle-meiler abgedreht werden könnten.

Werden sie aber nicht, Deutschland strebt wohl nach wie vor an, „bei den Moralweltspielen Gold zu holen“, statt auf Modernität zu setzen. Den Preis wird leider ganz Europa zu entrichten haben.



Christian Ortner lebt als Journalist in Wien, seine Kolumnen erscheinen in der „Presse“, der „Wiener Zeitung“, dem „Exxpress“ und dem neuen Magazin „Pragmaticus“. Er betreibt „OrtnerOnline.at“, das „Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Fotos: IV, Jacqueline Godany

Die Wirtschaft kann nachhaltiges Wachstum...

...wenn die Rahmenbedingungen stimmen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können.

Die Industrie sorgt weiter für good news in ganz Österreich: Die industriegetragene Erholung zeigt sich in einer bemerkenswert robusten Verfassung. Die Ergebnisse der aktuellen IV-Konjunkturumfrage weisen auf eine fortgesetzte konjunkturelle Erholung auch im kommenden Jahr hin. Zwar verringert sich die Expansionsdynamik im Vergleich zum heurigen Jahr erheblich, aber die Erholung bleibt erhalten (siehe Grafik des Monats).

Diese Entwicklung ist jedoch kein Selbstläufer. Eine Reihe von Herausforderungen müssen für die Betriebe bewältigbar sein. Dies gilt etwa für den sich weiter verschärfenden Arbeitskräftemangel (siehe Bericht Seite 4) sowie für Preissteigerungen und Verfügbarkeitsengpässe bei Industrierohstoffen, Energie und in der Vorproduktion (siehe IV-Analyse Seite 5).

Klar ist: Die Ursachen dieser Entwicklung können von einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Österreich nicht im Alleingang

beseitigt werden. Trotzdem müssen die negativen Auswirkungen durch kurzfristige Maßnahmen gedämpft und damit Wirtschaft und Arbeitsplätze vor Schaden bewahrt werden. Wichtig ist es, jetzt rasch und richtig zu handeln.

Für die Fachkräftesicherung wichtig: Der im Rahmen der Steuerreform erfreulicherweise beschlossene IV-Vorschlag der Mitarbeitererfolgsbeteiligung muss nun adäquat und möglichst schon für 2021/22 realisiert werden. Analog zur Corona-Prämie sollte sie brutto für netto ausgezahlt werden können. Das wäre fair und eine unbürokratische Lösung.

Zur Dämpfung der Energiepreisentwicklung wichtig: Die mit der Steuerreform angekündigte Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen, die Betriebe vor Carbon Leakage schützen soll, muss ebenfalls rasch und richtig umgesetzt werden. Dabei sollte aus den deutschen Erfahrungen gelernt werden. In Deutschland erhalten Unternehmen einen finanziellen Ausgleich, wenn die



„Die Gefahr ist hochlatent. Europa hat sich in einer Art Selbstgefälligkeit eingeredet, dass wir die angenehmen Sachen wie Tourismus und Kultur machen und die ungeliebten Sachen wie Produktion die anderen.“

Werner Steinecker
Energie-AG-Generaldirektor

Brennstoffkosten mehr als 20 Prozent der Gesamtkosten ausmachen oder der Anteil der Zusatzkosten 20 Prozent der Bruttowertschöpfung übersteigen. Die Prozentsätze in Österreich sollten jedoch niedriger sein, da die Praxis in Deutschland zeigt, dass Mittelstandsunternehmen bereits Insolvenz anmelden mussten.

Es bleibt dabei: Die Industrie gibt nicht nur Stabilität in Krisenzeiten, sie ist auch das Rückgrat für wirtschaftliche Erholung in unserem Land. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen klug und wirksam verbessert werden. Genau dafür setzt sich die Industriellenvereinigung mit aller Kraft ein.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

„Angesichts der hohen Inflation und niedrigen Zinsen sollte aber über Veranlagungsalternativen nachgedacht werden, denn das Sparbuch eignet sich in diesem Zinsumfeld nur noch als kurzfristige Liquiditätsreserve und nicht zur Vorsorge.“

Gerda Holzinger-Burgstaller
CEO Erste Bank Österreich

„Die Energiewende darf keine Strafexpedition sein, sonst wird sie nicht gelingen. Wir werden diese Wende nur mit Innovation schaffen und mit einer Blüte an vielen neuen Energiemöglichkeiten. Wir dürfen aber nicht mit Schocknachrichten, Verboten und Drohungen agieren.“

Karl-Heinz Strauss
CEO Porr AG

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. November war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

GRAFIK DES MONATS

Konjunkturerholung trotz Vielzahl an Störfaktoren

Hinter der Überschrift einer fortgesetzten Konjunkturerholung verbergen sich große Herausforderungen für die Unternehmen: nach wie vor bestehende Reisebeschränkungen, Preissteigerungen für Industrierohstoffe und Energie oder der Fachkräftemangel. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie bildet sich das IV-Konjunkturbarometer, das als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen

Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, von 42,5 Punkten auf 39,5 Punkte zurück. Dieser (leichte) Rückgang des Konjunkturbarometers ist vor dem Hintergrund der Vielzahl von Störfaktoren ausschließlich auf die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen, welche das Hochkonjunkturniveau verlassen hat und sich in Richtung einer konjunkturellen Normallage entwickelt.

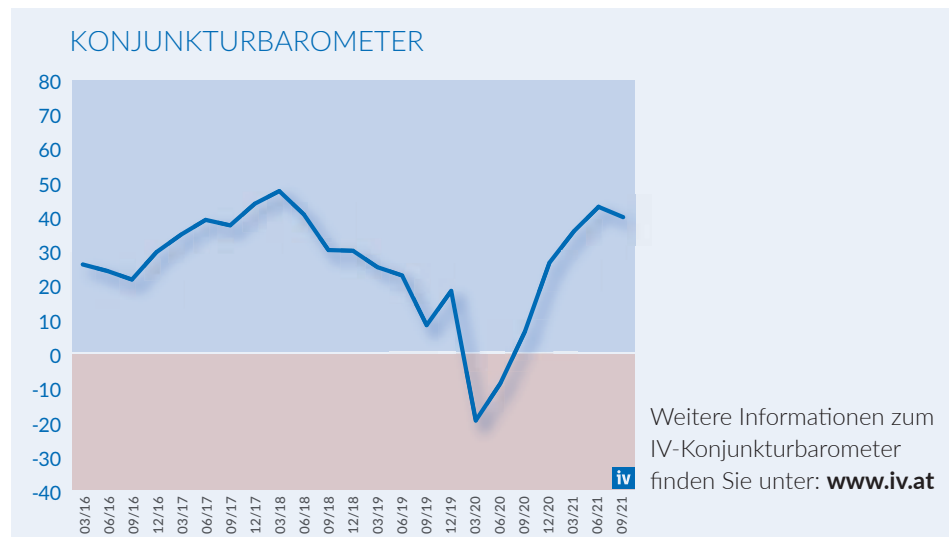


FOTO DES MONATS

COP26: Auf Technologie statt Verbote setzen

Bei der UN-Klimakonferenz „COP26“ in Glasgow betonte IV-Präsident Georg Knill die Bedeutung von Innovation und Technologie als unverzichtbare Voraussetzung für nachhaltigen Klimaschutz. „Die Industrie bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Sie ist als Innovationsmotor und grundlegender Entwickler neuer Technologien ein wichtiger Wegbereiter für einen effektiven und langfristig erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel, der unbestreitbar zu den größten Herausforderungen unserer Zeit zählt“, so Knill. Exporte von klimafreundlicher Technologie

seien die Möglichkeit, global die größte Wirkung zu erzielen und gleichzeitig wirtschaftlich weiterhin erfolgreich zu sein. „Gerade Österreichs Industrie kommt hier eine wichtige Rolle zu, denn sie ist längst Vorreiter in Sachen Emissionsvermeidung und Energieeffizienz – sowohl in der energieeffizienten Produktion von energieintensiven Gütern wie Stahl, Zement oder Papier, aber auch im Bereitstellen technologischer Lösungen. Generell ist es stets sinnvoller, auf neue Technologie statt auf Verbote zu setzen“, so Knill. Eine ausführliche Analyse zum „COP26“ lesen Sie in der nächsten Ausgabe der iv-positionen.



V.r.n.l.: IV-Präsident Georg Knill mit Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša, Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, Bundeskanzler Alexander Schallenberg und Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel

Welche Schwerpunkte die Fachkräfteoffensive der Industrie setzt

Für die Industrie zählt das Finden qualifizierter Mitarbeiter zu den größten Herausforderungen. Verschärft wird dies durch die demografische Entwicklung.

Der Fachkräftemangel ist gerade in der Industrie eines der größten Hindernisse für die generell positive Wirtschaftsentwicklung. Für 62 Prozent der Industrieunternehmen ist das Finden geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine enorme Herausforderung, 55 Prozent halten Maßnahmen zur Reduktion des Fachkräftemangels für die wichtigste Forderung an die Politik. Das geht aus der jüngsten IV-Mitgliederumfrage hervor. Und angesichts der demografischen Entwicklung im In- und Ausland ist auf lange Sicht sogar von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel auf allen Ebenen auszugehen. Bis 2030 wird es laut Statistik Austria in

Österreich rund 170.000 Menschen weniger im Erwerbsalter geben, gleichzeitig sind in den letzten zehn Jahren 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

Die Industriellenvereinigung hat diese Entwicklung auf der Agenda. Die IV-Task Force „Fachkräfte und Lehre“ unter der Leitung von Tatjana Gertner-Schaschl (Treibacher AG) war fixer Bestandteil des intensiven Prozesses rund um eine IV-Industriestrategie, die in den vergangenen Monaten entwickelt und beim „Tag der Industrie“ 2021 präsentiert wurde. Vertreterinnen und Vertreter aus mehr als 30 IV-Mitgliedunternehmen erarbeiteten darin

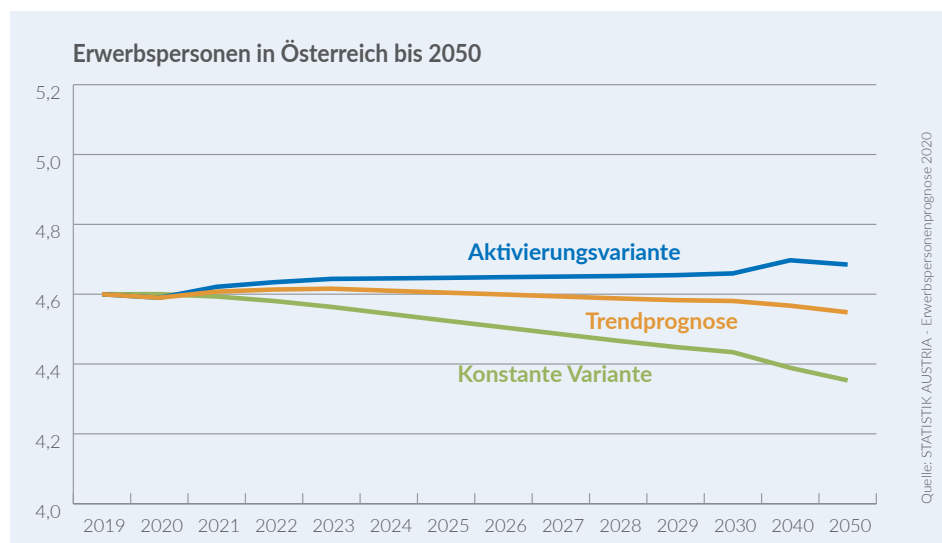
Maßnahmenvorschläge, die kürzlich dem IV-Bundesvorstand und im November der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Umfassende Gesamtstrategie gefordert

Damit Maßnahmen nachhaltig wirken können, plädiert die Industrie für eine umfassende Gesamtstrategie zur Lösung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels. Aus- und Weiterbildung, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Berufstätigkeit von Frauen und Älteren oder qualifizierte Zuwanderung sollten aus IV-Sicht Teil der Strategie sein, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Die weitere Attraktivierung der Lehre und die

Vereinfachung und Digitalisierung der Anträge für die Rot-Weiß-Rot-Card sind Maßnahmen, die kurzfristig anzugehen sind. Für die Umsetzung braucht es zudem eine klare politische Verantwortung innerhalb der Bundesregierung in Form einer Schirmherrin oder eines Schirmherrn für das Anliegen.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die IV das Thema auf allen Ebenen – politisch, medial und mit eigenen Beiträgen – vorantreiben. Eine tatsächliche und nachhaltige Verbesserung der Situation rund um Fachkräfte und Arbeitskräfte wird Unternehmen, Politik und den Arbeitskräften mit unterschiedlichsten Hintergründen nur gemeinsam gelingen.



Bis 2030 geht die Zahl der Menschen im Erwerbsalter zurück. Gleichzeitig sind in den letzten zehn Jahren 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

IV EVENT

Bereits 449 MINT-Kindergärten und MINT-Schulen in Österreich

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) – das sind vier der gegenwärtig und künftig immer wichtiger werdenden Bildungs- und Berufsbereiche. Denn egal, ob es um die Bekämpfung des Klimawandels, die Entwicklung lebenswichtiger Medikamente oder die digitale Transformation geht: Naturwissenschaften und Technik bringen der Gesellschaft die Lösungen von morgen. Bereits 449 Kindergärten und Schulen in ganz Österreich sind mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichnet. Sie zeigen eindrucksvoll vor, wie man die MINT-Zukunftskompetenzen spannend und effektiv vermittelt. Mittelfristig sollen damit die Technologieaffinität gesteigert und der Mangel an Innovationsnachwuchs gemildert werden.

der Industrie in Wien standen. Weitere 87 Bildungseinrichtungen erhielten eine Rezertifizierung und werden heuer erstmals auf regionaler Ebene in Kooperation von IV-Landesgruppen und Bildungsdirektionen geehrt.

WEBTIPP

Eine Übersicht über alle 449 bisher ausgezeichneten Bildungseinrichtungen sowie Film & Fotos von der Festveranstaltung finden Sie unter: www.mintschule.at



Science-Buster Martin Moder unterhielt die Gäste mit einem MINT-Showblock.



V.l.n.r.: Initiatoren IV-Präsident Georg Knill, Bildungsminister Heinz Faßmann, Moderator Bernhard Weingartner, Rektorin Ruth Petz (PH Wien), Klaus-Peter Fouquet (Wissensfabrik Österreich), Barbara Streicher (Jurysprecherin MINT-Gütesiegel, Science Center Netzwerk) bei der MINT-Gala



Die Monsterfreunde performten ihre „Technik-Songs“.

Weichen Richtung Aufschwung stellen

Finanzminister Gernot Blümel erklärt im Gespräch mit den iv-positionen, wie der Kapitalmarkt gestärkt werden soll und welche Schwerpunkte das Budget setzt.



Die Niedrigzinsphase trifft die Sparerinnen und Sparer. Welche Maßnahmen könnten dazu beitragen, den Kapitalmarkt für Bürger als Anlagemöglichkeit attraktiver zu gestalten?

Ein attraktiver Kapitalmarkt in Österreich stärkt die Liquidität und schafft zusätzliche Altersvorsorge für die Bürger. Gerade

in Zeiten von Niedrigzinsen ist es wichtig, Alternativen zum Sparsbuch aufzuzeigen. Im Regierungsprogramm ist die Wiedereinführung der sogenannten Behaltfrist vorgesehen. Hier laufen die Gespräche mit dem Koalitionspartner und ich hoffe, dass wir das Thema bald umsetzen – auch um mehr Gerechtigkeit gegenüber quasi nicht-regulierten Kryptowährungen zu erreichen. Basis für eine aktive Teilhabe am Kapitalmarkt ist eine gute Finanzbildung. Mit unserer nationalen Strategie gibt es erstmals ein Dach, um vorhandene Initiativen zu bündeln.

Mit Olaf Scholz hat ein Befürworter der EU-Finanztransaktionssteuer die deutsche Bundestagswahl gewonnen. Wie schätzen Sie hier mögliche Entwicklungen ein?

Der deutsche Vorschlag würde hochspekulative Transaktionen von der Steuer befreien und klassische Aktienanleger und Unternehmen benachteiligen. Zudem würde die Eigenkapitalfinanzierung gegenüber der Fremdkapitalfinanzierung benachteiligt, da Anleihen nicht besteuert würden. Österreich hat sich immer für eine breite

Bemessungsgrundlage, die Aktien, Anleihen und Derivate umfasst, ausgesprochen und kann den Vorschlag in der vorliegenden Form daher nicht unterstützen. Wie sich das Thema weiterentwickelt, ist aufgrund laufender Koalitionsverhandlungen in Deutschland noch nicht abschätzbar.

Welche Schwerpunkte setzt das Budget, um die aktuelle wirtschaftliche Erholung zu stärken?

Mit dem Budget stellen wir die Weichen Richtung Aufschwung. Allein 2022 haben wir rund 2,2 Mrd. Euro für Zukunftsbereiche wie Klimaschutz, umweltfreundliche Mobilität, Digitalisierung sowie Forschung und Entwicklung vorgesehen. Wichtigstes Projekt ist die Steuerreform. Damit entlasten wir die Menschen, setzen Anreize für umweltfreundliches Verhalten, stärken den Standort und schaffen es trotzdem, mittelfristig die Schuldenquote zu senken. Gerade für Unternehmen sind mit der KöSt-Senkung, dem Investitionsfreibetrag und der Anhebung des Gewinnfreibetrages auf 15 Prozent wichtige Maßnahmen enthalten.

Zum Vergleich: In Deutschland hat die FDP bei den Regierungsverhandlungen das Ziel, Steuererhöhungen zu verhindern, von Senkungen ist da keine Rede mehr.

Corona hat die Staatsschulden erhöht. Wie lässt sich die ökosoziale Steuerreform mit dem Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts vereinbaren?

Der wirtschaftliche Aufschwung und eine klare Schwerpunktsetzung im Budget helfen uns beide Ziele zu erreichen. Die Wirtschaftsforscher sehen bis 2026 eine so gute Wachstumsentwicklung voraus, dass sich Steuerreform, ein Defizit unter 0,5 Prozent und eine Senkung der Schuldenquote auf das Niveau vor der Pandemie 2019 ausgeben. Wenn man sich Budgets anderer Länder ansieht, ist das nicht selbstverständlich, Italien plant nächstes Jahr ein Defizit von über fünf Prozent des BIP. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten Schulden zu machen, um zu helfen, ist legitim. In Wachstumsphasen permanent Schulden zu machen, ist Bequemlichkeit zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

FTI-BUDGETS WERDEN GESTÄRKT, NATIONALSTIFTUNG GESICHERT

Die mehrjährige Finanzierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung ist auf Schiene gebracht: Zwischen 2022 und 2025 sollen jährlich 140 Mio. Euro in die Spitzenforschung im Bereich der Grundlagenforschung und angewandten Forschung fließen. Im Oktober wurde im Ministerrat die entsprechende Novelle des Nationalstiftungsgesetzes beschlossen und dem Parlament vorgelegt. Damit ist die Grundlage für das Nachfolgeinstrument „Fonds Zukunft Österreich“, der ein wichtiger Baustein für die FTI-Finanzierung

in Österreich ist, geschaffen. Dafür hatte sich die IV gemeinsam mit wichtigen FTI-Stakeholdern in den vergangenen Monaten intensiv eingesetzt. Geht es nach der Industrie, soll der Fonds zur strategischen Schwerpunktsetzung sowie zur Sicherung themenoffener Formate für einen Schub der angewandten Forschung genutzt werden.

Insgesamt setzt der Bundeshaushalt 2022 richtige Schwerpunkte: Ein klar positives Signal ist etwa die Steigerung der FTI-Budgets in allen relevanten Ressorts um

IV-EINSCHÄTZUNG

7,3 Prozent auf rund 6,4 Mrd. Euro, was auch den EU-Recovery-Funds-Mitteln geschuldet ist. Für die Teilnahme an den europäischen Großprojekten IPCEI (Important Projects of Common European Interest) Wasserstoff und Mikroelektronik 2 sind bis 2025 105 Mio. Euro per anno vorgesehen. In Forschungsinfrastrukturen und -kooperationen im Bereich Quantenforschung und -technologie fließen jährlich 85 Mio. Euro, zudem sind weitere Mittel für F&E im Bereich Life Science und Medikamentenforschung (83,8 Mio. Euro für 2022-2024)

und einen Wasserstoff-Cluster Graz (17 Mio. Euro 2022-2024) budgetiert. Wichtig ist für die Industrie, die in FTI-Strategie und FTI-Pakt verankerte Technologieoffensive konsequent und vor allem mutig weiter umzusetzen, um technologische Kompetenzführerschaft in strategisch wichtigen Bereichen auszubauen. Ebenso müssen zielgerichtete Maßnahmenpakete für durch die Transformationen besonders betroffene Bereiche (z.B. Fahrzeugzulieferindustrie) initiiert und die Finanzierung weiterer IPCEI abgesichert werden.

Hohe Energiepreise als Aufschwungsbremse

Strom und Gas sind teuer wie selten zuvor. Eine IV-Analyse zeigt, wie die Kosten gedämpft werden könnten.

Die Entwicklung des Gaspreises in Österreich verdeutlicht, wie volatil die internationalen Rohstoff- und Energiemärkte sind: Während der Corona-Pandemie hat sich dieser Energieträger zunächst bis August 2020 preislich halbiert, seitdem jedoch nahezu verdreifacht! Das entspricht einer Verdreifachung gegenüber dem Niveau einer konjunkturellen Normallage.

Nicht nur, aber vor allem für die energieintensive Industrie bedeuten die

Preisanstiege eine immense Kostenbelastung. Allein in der Warenherstellung belief sich nur der Energieeinsatz im letzten Vor-Corona-Jahr 2019 auf 3,37 Mrd. Euro, weisen Daten der Statistik Austria aus. „Die aktuelle Entwicklung zwingt erste Unternehmen zu einer Einschränkung ihrer Produktion und beeinträchtigt ihren finanziellen Spielraum für Investitionen“, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Damit bremst die Preisexplosion die wirtschaftliche Erholung.

Härtefall-Carbon Leakage-Regelung implementieren

Um gegenzusteuern, hat die IV ein Maßnahmenpaket entwickelt, das vor allem auf kurzfristig wirksamen und zeitlich befristeten Vorschlägen aufbaut. „Das ist einerseits ordnungspolitisch geboten, um nicht strukturschonend zu wirken, andererseits auch sachlich gerechtfertigt, da die Gas-Futures derzeit auf eine Entspannung der preislichen Situation ab dem Frühjahr 2022 hindeuten“, argumentiert Helmenstein. Unterstützt werden sollten jedenfalls Unternehmen, die einem erhöhten Abwanderungs- und Verlagerungsrisiko (Carbon Leakage) ausgesetzt sind. Etwa durch eine Härtefall-Carbon Leakage-Regelung, wie sie bereits mit der ökosozialen Steuerreform angekündigt wurde.

Konkret schlägt die Industrie zudem einen Überbrückungsfonds für energieintensive Härtefälle vor: Ähnlich wie die Corona-Hilfen 2020 sollten Liquiditätshilfen für besonders betroffene Unternehmen gewährt werden. Auch eine temporäre Reduktion der Erdgas- oder Stromabgabe könnte den massiven Preisanstieg abdämpfen. Als „Tempoeffekt“ wirken könnte laut dem

Ökonomen damit einhergehend eine raschere Energieabgabenrückvergütung.

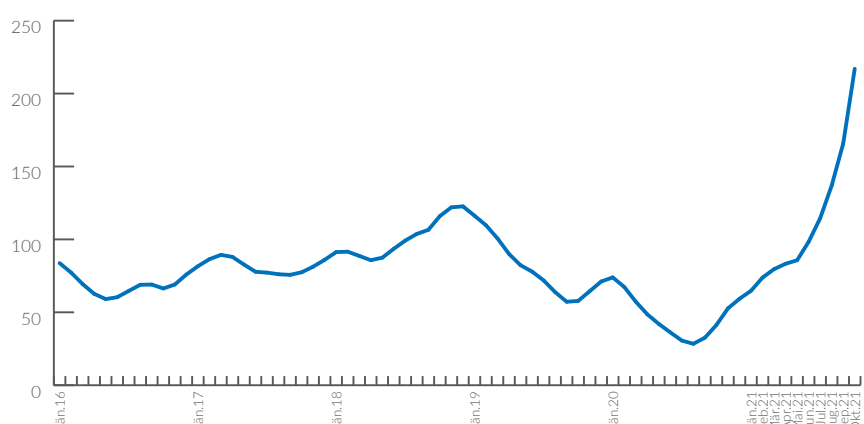
Wettbewerbsverzerrungen auflösen

Ebenfalls auf der IV-Agenda steht eine Strompreiskompensation analog zur deutschen Regelung. Derzeit müssen Energieversorger für Gaskraftwerke CO₂-Zertifikate erwerben, die sie an die stromintensive Industrie weitergeben. Um dem Verlust von Unternehmensstandorten entgegenzuwirken, erlaubt eine EU-Richtlinie Beihilfen für bestimmte Sektoren. Im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich, Tschechien, Polen oder der Slowakei hat Österreich davon allerdings noch nicht Gebrauch gemacht. Die Folge: Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des EU-Binnenmarktes zulasten der österreichischen energieintensiven Industrie.

Dass die Kosten für Energie auf der Welt, aber auch in Europa sehr unterschiedlich steigen, ist also auch hausgemacht. „Das könnte sich mittelfristig zu einem massiven Wettbewerbsnachteil auswachsen. Eine Entlastung der betroffenen Unternehmen wäre das richtige Signal“, resümiert Helmenstein.

IV-ANALYSE

Österreichischer Gaspreisindex indiziert – Verdreifachung gegenüber der Vor-COVID-Phase



Quellen: Central European Gas Hub, Österreichische Energieagentur

Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern

Beim Kampf gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel spielt auch die Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle. Die Industriellenvereinigung setzt sich für Reformen ein, die Arbeit fördern.

Während der Corona-Pandemie gab es in Österreich eine historisch hohe Arbeitslosigkeit – mittlerweile hat die Zahl der offenen Stellen einen außergewöhnlichen Wert erreicht. „Das ist auf den ersten Blick erfreulich, aber gleichzeitig für den Standort eine massive Herausforderung“, bringt es IV-Präsident Georg Knill auf den Punkt. Die Zahlen unterstreichen seinen Befund:

„Bei der geplanten Arbeitslosenversicherungsreform muss es darum gehen, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Im Frühjahr 2020 wurde als direkte Folge des Pandemieausbruchs die bisher höchste Zahl an Arbeitslosen gemessen. 571.477 Personen waren Ende April 2020 ohne Job, mehr als eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit. Mittlerweile liegt die Arbeitslosigkeit bereits unter Vorkrisenniveau. In manchen Bundesländern hat Österreich im September bereits eine Arbeitslosenquote erreicht, bei der man nahezu von Vollbeschäftigung sprechen kann. So lag die Arbeitslosenquote in Salzburg bei 3,5 Prozent, in Tirol bei 3,8 Prozent und in Oberösterreich bei vier Prozent. Die Zahl der offenen Stellen ist hingegen hoch wie nie: Allein beim AMS waren zuletzt knapp 112.000 offene Stellen gemeldet. „Wenn man zusätzlich noch die Stellen der neuen Jobplattform des AMS ‚alle jobs‘ in Betracht zieht, so kommt man österreichweit auf weit über 200.000 offene Stellen.

Allein im Bereich Industrie und Bau – beispielsweise in den Bereichen Maschinenbau, Herstellung von Metallzeugnissen, Hoch- und Tiefbau – waren im Oktober rund 22.000 offene Stellen beim AMS gemeldet“, berichtet IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Für die Industrie, die für rund eine Million Arbeitsplätze steht, verdeutlichen diese Fakten den Handlungsbedarf. Auch für Arbeitsminister Martin Kocher ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um eine Diskussion über eine Arbeitsmarktreform zu starten. Bis Jahresende sind Gespräche über die „Arbeitslosenversicherung neu“ angekündigt, entsprechende Gesetzesänderungen sollen im ersten Quartal 2022 erfolgen.

Arbeitslosenversicherung richtig reformieren

Beim Kampf gegen den Fachkräfte- bzw. Arbeitskräftemangel (siehe auch Beitrag über aktuelle IV-Aktivitäten auf Seite 4) spielt aus Sicht der Industrie die Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle. Für das Ziel, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu fördern, besteht in Österreich erhebliches Potenzial. Laut Global Competitiveness Report 2019 des World Economic Forum liegt Österreich unter 141 Ländern etwa in der Kategorie Arbeitsmobilität nur auf Platz 122. Und der Arbeitslosenversicherungsbeitrag beträgt in Österreich aktuell sechs Prozent, während er in Deutschland nur 2,4 Prozent ausmacht. Für IV-Präsident Knill ist klar: „Bei der geplanten Arbeitslosenversicherungsreform muss es darum gehen, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen.“

Die wichtigsten Vorschläge der Industriellenvereinigung

- **Degressives Arbeitslosengeld einführen:** Es soll ein „Arbeitslosenversicherung neu“ mit degressiv gestufter Leistungshöhe geben. Derzeit liegt die Nettoersatzrate bei 55 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, wobei mit Ergänzungsbetrag und mit Familienzuschlägen bis zu 80 Prozent möglich sind. In Wirklichkeit erhalten unter 50 Prozent der Arbeitslosengeldbezieher eine Nettoersatzrate von „nur“ 55 Prozent. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, Dänemark oder den Niederlanden bleibt diese über einen langen Zeitraum beinahe auf

diesem Niveau. Durch das Absinken der Versicherungsleistung im Laufe der Zeit würden die Anreize gestärkt, schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren. Die derzeit noch zeitlich unbegrenzte Notstandshilfe garantiert hingegen defacto ein zeitlich unbegrenztes Arbeitslosengeld und untergräbt Beschäftigungsanreize.

- **Geringfügigkeit reformieren:** Die Industriellenvereinigung unterstützt den – bereits diskutierten – Ansatz, den Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung abzuschaufen bzw. zu reformieren. Arbeitsmarktexperten argumentieren, dass eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit diese verlängern kann – und in weiterer Folge niedrigere Erwerbseinkünfte nach sich zieht. Außerdem hemmt die geringfügige Beschäftigung die Rückkehr in reguläre Arbeit aufgrund der Besteuerung zusätzlicher Einkommen.

- **Lohnnebenkosten senken:** Die Industrie plädiert für eine Senkung der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten. Dies würde den Faktor Arbeit wesentlich entlasten. Konkretes Potenzial gibt es nach wie vor bei der Unfallversicherung: Die Zahl der Arbeitsunfälle ist seit 1990 um mehr als 40 Prozent gesunken, die Beiträge wurden jedoch nicht entsprechend reduziert. Beim Familienlastenausgleichsfonds sind u.a. „familienfremde Leistungen“ zu hinterfragen, wie Zahlungen an die Pensionsversicherung für Kindererziehungszeiten, die eigentlich vom Sozialressort zu tragen wären.

- **Betriebsnahe Qualifizierung ausbauen:** Im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen durch das AMS soll die betriebsnahe Qualifizierung forciert werden. „Die Einbindung der Wirtschaft in die Planung der Qualifizierungsmaßnahme hat sich als Erfolgsfaktor für effektive AMS-Kurse gezeigt. Jene Kurse, die auf den wirtschaftlichen Bedarf der Betriebe abgestimmt sind, weisen einen höheren Arbeitsmarkterfolg auf“, so IV-Generalsekretär Neumayer. Daher sollen Arbeitstrainings, Arbeitserprobung und arbeitsplatznahe Qualifizierungen weiter ausgebaut sowie die finanziellen Mittel für die Qualifizierung für Beschäftigte zielgerichtet eingesetzt werden.

- **Beschäftigungsfördernde Maßnahmen forcieren:** Um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu fördern, sollen auch beschäftigungsfördernde Maßnahmen, wie Eingliederungsbeihilfe und Kombilohn forciert werden. Der Arbeitsmarkterfolg der Eingliederungsbeihilfe spricht für sich: Rund zwei Drittel der geförderten Personen befinden sich drei Monate nach Ende der Förderung in einem aufrechten Arbeitsverhältnis.

„Allein im Bereich Industrie und Bau waren im Oktober rund 22.000 offene Stellen beim AMS gemeldet.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

- **AMS-Vermittlung verbessern:** Gemäß dem – auch gesetzlich verankerten – Grundsatz „Vermittlung vor Schulung“ soll das AMS die Vermittlungstätigkeit in den Mittelpunkt stellen. „Gerade in Zeiten, in denen Betriebe händeringend Mitarbeiter suchen, muss das AMS seiner Kernaufgabe besser nachkommen“, fordert IV-Präsident Knill. Die Vermittlungstätigkeit soll im Sinne von Passgenauigkeit und Effizienz weiter verbessert werden. Aufgrund der regionalen Unterschiede am Arbeitsmarkt muss auch die überregionale Vermittlung forciert werden, erwartet sich die IV.

IV-Präsident Knill betont die Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Reformen für den Aufschwung: „Einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung kann es nur mit ausreichenden Arbeits- und Fachkräften geben. Daher müssen wir jetzt die Weichen auf Aufschwung und Arbeit stellen.“





RICHTIGE ANREIZE SETZEN

INTERVIEW



Stefan Ehrlich-Adám, CEO der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und Vorsitzender des IV-Ausschusses für Arbeit & Soziales, über notwendige arbeitsmarktpolitische Weiterentwicklungen.



ZUR PERSON:

Stefan Ehrlich-Adám ist CEO der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und seit 1993 im traditionsreichen Familienunternehmen tätig. Das Technologieunternehmen hat seinen Hauptsitz in Wien und zählt zu den führenden Herstellern von mechanischen und elektronischen Schließsystemen. Seit 2020 leitet Ehrlich-Adám in der Industriellenvereinigung den Ausschuss für Arbeit & Soziales, in dem sich CEOs und HR-Verantwortliche mit einem vielschichtigen Themenspektrum beschäftigen: von Arbeitsrecht & Arbeitszeit über Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Sozialversicherung, Gesundheit & Pflege.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich liegt wieder auf Vorkrisenniveau – können wir damit nicht sehr zufrieden sein?

Natürlich ist die Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt erfreulich. Allerdings muss man auch sehen, dass Österreich im internationalen Vergleich laut der Arbeitslosenquote von EUROSTAT nur im EU-Mittelfeld liegt. Im Jahr 2014 waren wir noch die Nummer 1. Wir haben da also noch erheblichen Handlungsbedarf – gerade mit Blick auf den Mangel an Arbeitskräften, mit dem zahlreiche Betriebe konfrontiert sind. Die Industrie ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund einer Million Arbeitsplätzen, die vom Arbeits- und Fachkräftemangel besonders stark betroffen ist. Wir haben also noch immer zu viele Arbeitslose bei zu vielen offenen Stellen.

Wie lässt sich der Arbeitskräftemangel in den Griff bekommen?

Da geht es nicht nur um Qualifizierung, sondern auch um das Anreizsystem. In Österreich gibt es zu starke Anreize, nicht arbeiten zu gehen. Die Möglichkeit, de facto unbegrenzt eine durchwegs hohe Leistung aus der Arbeitslosenversicherung zu beziehen, ist im internationalen Vergleich ein Unikum. Im Anschluss an den Arbeitslosengeldbezug kann Notstandshilfe beantragt

werden, die – auch mit Zuschlägen – zeitlich unbegrenzt gewährt werden kann. Das ist für viele in Verbindung mit einem Zuverdienst aus geringfügiger Beschäftigung attraktiver, als sich einen Job zu suchen. Unser System muss aber signalisieren, dass wir nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit fördern – und dass es dazu auch keine Alternative gibt.

Um die zu hohen Arbeitskosten zu senken, plädiert die IV auch für eine Entlastung bei den Beiträgen für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Soll es weniger Geld für die Familien geben?

Nein – und die geplante Familienbonus-Erhöhung für Berufstätige ist auch zu begrüßen. Uns geht es um ordnungspolitische Klarheit. Denn dem FLAF wurden zahlreiche Leistungen „aufgebrummt“, die eigentlich von anderen Ressorts zu bezahlen wären. Neben den Zahlungen an die Pensionsversicherung für Kindererziehungszeiten, die eigentlich vom Sozialressort zu tragen wären, gilt das für die Schulbücher, die eigentlich in Verantwortung des Bildungsressorts sind, oder für die Unterhaltsvorschüsse, die Agenda des Justizministeriums sind. Der Familienlastenausgleichsfonds soll für die Familien da sein – und kein Vehikel, um familienfremde Leistungen zu finanzieren.

„Der Produktionssektor ist ein wichtiger Arbeitgeber mit rund einer Million Arbeitsplätzen, der vom Arbeits- und Fachkräftemangel besonders stark betroffen ist.“

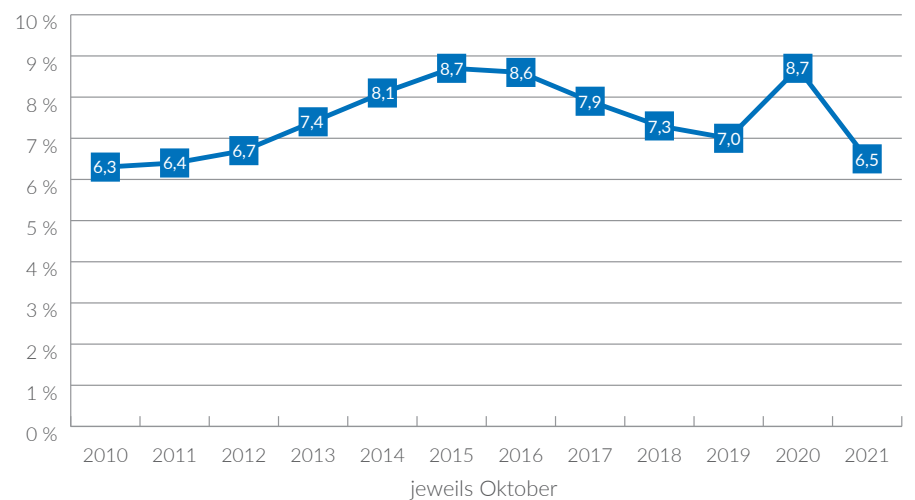
Was erwarten Sie sich von der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussion?

Die Unternehmen in Österreich können sehr konkrete Beiträge für mehr Arbeit leisten – und tun dies auch. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen mehr Entlastung, eine anreizorientierte Arbeitsmarktpolitik sowie bedarfsorientierte Qualifizierung, die Betriebe und Arbeitnehmer weiterbringt.



V.l.n.r.: IV-Ausschussvorsitzender Stefan Ehrlich-Adám mit Arbeitsminister Martin Kocher und IV-Bereichsleiter für Arbeit, Soziales, Gesundheit Helwig Aubauer beim jüngsten IV-Ausschuss für Arbeit & Soziales im Oktober

Arbeitslosenquote



Quelle: AMS

Die nationale Arbeitslosenquote hat im Oktober bereits das Vorkrisenniveau erreicht und sogar weit unterschritten. Aufgrund dieser Entwicklung sieht sich Österreich zunehmend mit einem Fachkräfte- bzw. auch Arbeitskräftemangel konfrontiert.



Wettbewerbsvorteile durch Diversität erkennen und verstärkt nutzen

Im Zuge des Arbeitsprogramms des neuen IV-Präsidiums hat die IV das „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“ initiiert, das sich für einen aktiven Umgang mit Diversität in der Industrie einsetzt. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und TTech-CEO Georg Kopetz haben den Vorsitz übernommen und stellen den iv-positionen das Projekt vor.



Was ist die Idee hinter dem „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“?

Herlitschka: Über viele Jahre zeigen Erhebungen, dass Diversität die Wettbewerbsfähigkeit von Organisationen und auch Unternehmen deutlich stärkt. Daher ist Diversität in allen ihren Formen, ob bezogen auf Geschlecht, Alter, Nationalität oder Kultur, ganz klar eine Chance. Je unterschiedlicher Menschen mit allen ihren

Erfahrungen und Fähigkeiten sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit zu den besten Lösungen für unsere Unternehmen, aber auch für uns als Wirtschaftsstandort Österreich zu kommen. Mit dem neuen Netzwerk wollen wir uns mit dem Thema in einem breiten Ansatz auseinandersetzen, uns Ideen von außen holen und Best Practice-Beispiele austauschen.

Kopetz: Studien belegen, dass gemischte Teams zu mehr Innovation, größerer Rentabilität, besserer Unternehmenskultur und gesteigerter Attraktivität für Bewerberinnen und Bewerber führen – das gilt auch für dieses Netzwerk. Entscheidend ist dabei, dass es ein Thema für Männer und Frauen ist, daher sind auch Männer im Netzwerk vertreten, mit denen wir die notwendigen Veränderungen gemeinsam herbeiführen wollen.

Wieso braucht die Industrie ein solches Netzwerk? Was sind die größten Herausforderungen für Unternehmen im Bereich Diversität?

Kopetz: Für die Wirtschaft ist der Umgang

mit Pluralität zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen und Diversität zum Business Case geworden. Gerade in Zeiten des Mangels an qualifiziertem Personal wird es entscheidend sein, wohin die besten Köpfe gehen und wie agil Unternehmen auf die sich rasch ändernden globalen Rahmenbedingungen reagieren.

Herlitschka: Dem neuen IV-Präsidium ist Diversität ein wichtiges Anliegen; das Thema wurde daher auch in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Bei der Besetzung der neuen Ausschüsse, aber auch IV-intern, wurde auf stärkere Pluralität geachtet, wichtige Schritte in die richtige Richtung wurden gesetzt. Und Stichwort Fachkräftemangel, auch hier weiß man aus vielen internationalen Beispielen, dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und dabei besonders eine hochwertige Kleinkinderbetreuung, ganz essenzielle Faktoren sind. Hier gibt es noch einiges zu tun.

Was sind die nächsten Schritte des Netzwerks?

Herlitschka: In dieser Runde wollen wir uns den verschiedenen Facetten des Themas



Wettbewerbsfähigkeit durch Diversität, aber auch dem Thema Fachkräfte widmen, wie z.B. qualifizierter Zuwanderung oder Zusammenarbeit in alters-gemischten Teams. Einen Schwerpunkt legen wir auch auf das Thema Frauen in Aufsichtsräten, wozu wir aktuell ein eigenes Programm für die Industrie entwickeln. Und gleichzeitig, Diversität verstehen wir sehr breit und wollen es auch in der Breite adressieren.

AKTUELLES IN KÜRZE

Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht garantierte Kinderbetreuung

Reformen im Bereich der Elementarbildung und Kinderbetreuung sind ein wesentlicher Standortfaktor und Hebel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die IV untermauert ihre langjährigen Forderungen nun gemeinsam mit den Sozialpartner-Organisationen. Der Tenor lautete: in die Umsetzung kommen. Dazu wurde ein 5-Punkte-Plan in Form einer Roadmap präsentiert.

Ambitioniertes Ziel der Roadmap ist der Rechtsanspruch auf qualitätsvolle Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag. Dieser ist Hebel und Motivator, um notwendige Maßnahmen voranzutreiben: bei der Pädagogen-Ausbildung, der Entwicklung von Qualitätsstandards sowie dem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und Öffnungszeiten, die mit Vollzeitbeschäftigung beider Eltern vereinbar sind. Aktuelle Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria belegen, dass sich Investitionen in die Elementarpädagogik zu zwei Drittel rasch refinanzieren, auch die Bildungsrendite ist durch frühe Förderung der Kinder besonders hoch.

Die Umsetzung muss als gemeinsame Anstrengung des Bundes mit den Bundesländern und den Gemeinden in die Wege geleitet werden. Der IV ist dabei wichtig, dass auch über innovative Möglichkeiten alternativ zur institutionellen Kinderbetreuung nachgedacht wird. Tageseltern könnten das Angebot sinnvoll und effektiv ergänzen, allerdings sollten die Ausbildungsstandards qualitativ österreichweit harmonisiert werden. Ein wesentlicher Meilenstein der Roadmap ist neben dem Ausbau der Plätze

und der Ausbildungs- und Finanzierungsoffensive die systematische Verankerung von MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) als Zukunftskompetenz im elementarpädagogischen Alltag bis 2025. Auf Regierungsseite hat sich jüngst Dynamik entwickelt: So soll die 15a-Vereinbarung Elementarpädagogik nun doch neu verhandelt statt fortgeschrieben werden. Weiters hat die Regierung zusätzliche Budgetmittel in Aussicht gestellt.



Was wir vom Bildungs-Musterschüler Finnland lernen können

Bei einer digitalen Fachdiskussion hat die IV gemeinsam mit Expertinnen und Experten den Blick auf Skandinavien gerichtet.

Ganze 74 Tage lang befanden sich Österreichs Grundschulen und Unterstufen im sogenannten Distance Learning – dass die Coronakrise zugleich auch eine Bildungskrise war, wird durch die jüngste OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ noch einmal belegt. Zum Vergleich: In Finnland waren es nur 38 Tage. Doch das skandinavische Land hat nicht nur die Coronakrise besser gemeistert, sondern sie auch genutzt, um die Digitalisierung im Bildungsbereich weiter auszubauen. Aber was genau kann sich Österreich vom Klassenbesten abschauen? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat die IV Expertinnen und Experten aus Österreich und Finnland in Form einer digitalen Fachdiskussion geladen.

Flexibilität und gleiche Chancen

Das Erfolgsrezept des finnischen Bildungssystem lautet: Flexibles Lernen, Dezentralisierung und gleiche Chancen für alle. Durch Investitionen in die digitale Infrastruktur fiel den Finnen die Umstellung vom analogen auf den digitalen Unterricht während der Coronakrise dementsprechend leicht. Das Benchmarking mit Finnland zeigt, dass Österreich zwar über ein hohes Potenzial digitaler Medien in den Schulen verfügt, jedoch noch weiter vorausplanen muss, um zur Bildungs-Spitzenklasse aufzuschließen. Damit Österreich dahin kommt, wo Finnland jetzt schon ist, soll nun ein Acht-Punkte-Plan vom Bildungsministerium die richtigen Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Unterricht schaffen.

Die Integration digitaler Medien durch die Ausstattung der Schulklassen mit Endgeräten steht dabei ebenso im Vordergrund wie die optimale Vermittlung der Bildungsinhalte nach dem „individuellen Lernfortschritt“. Der Programmdirektor der nationalen Bildungsagentur in Finnland, Jouni Kangasniemi, brachte es auf den Punkt: Es gehe darum, eine „Leidenschaft zu kreieren, das ganze Leben lang mehr lernen zu wollen. Ist das erreicht, sind wir auf der Gewinnerseite“.



Build – Partner – Buy

Wann es Sinn macht, eine Innovation nicht selbst zu entwickeln, sondern auf bestehende Plattformen aufzuspringen, erklärt Lukas Meusbürger von der gruppe1031. Er ist Managing Partner bei vlabs innovation gmbh.

Viele Unternehmen in Österreich sind Innovationsführer in ihrer Nische. Oft vom Erfindergeist des Gründers angetrieben, werden im ganzen Land innovative Konzepte und Lösungen erdacht, umgesetzt und kommerzialisiert. Es verwundert also kaum, dass Innovation im Land der Hidden Champions regelmäßig damit assoziiert wird, alles von Grund auf selbst zu entwickeln. In einer digitalen Welt, wo Branchengrenzen verschwimmen, offene Plattformen zunehmen und Geschwindigkeit Trumpf ist, bringt dieser Ansatz jedoch erhebliche Nachteile: Eigenentwicklungen kosten potenziell viel Zeit und Geld und sind mit erheblichem Projektrisiko verbunden, insbesondere wenn die Ansprüche der Nutzer von den Lösungen amerikanischer Tech-Konzerne mit Milliardenbudgets geprägt sind.

Anders gesagt: Es kann einem Automobilhersteller eigentlich nicht gelingen, ein besseres Navigationssystem selbst zu entwickeln, als Google mit Maps anbietet. Umgekehrt: Ein Fahrzeug, das mit Google Maps ausgestattet ist, wird dem Nutzer tendenziell sogar ein besseres Erlebnis bieten und die Entwicklungskosten des Herstellers gleichzeitig senken. Volvo geht mit der neuen Marke Polestar aktuell diesen Weg. Dasselbe gilt im Online-Vertrieb: Wenn ich neuartige Produkte und Services online vertreiben will, ist es nicht notwendig, auch den Web-Shop selbst zu entwickeln. Das Rezept vieler erfolgreicher Start-ups beruht teils darauf, nur den Kern der eigenen Lösung von Beginn an selbst zu entwickeln, andere Teile zuzukaufen und erst bei Erfolg weitere Elemente nachzuziehen bzw. diese auf Basis der Rückmeldungen weiterzuentwickeln.

Die gruppe1031 plädiert dafür, dass sich auch etablierte Unternehmen der „Build-Partner-Buy-Frage“ ergebnisoffen nähern und sich klar vor Augen führen, was die wirklichen Differenzierungsmerkmale der eigenen Lösung sind und in welchen Bereichen Technologie lediglich einen Hygienefaktor darstellt. Natürlich sollten dabei Szenarien durchgespielt und



neben den rein technologischen auch strategische Fragen berücksichtigt werden. Im Falle von Google Maps im Auto könnte das Ergebnis auch sein, dass man die digitale Schnittstelle zum Fahrer eben nicht Google überlassen will – die Implikation wäre dann jedoch, aus vollen Rohren auf das Nutzererlebnis zu schießen und nicht eine halbherzige Lösung anzustreben. Ebenso ist eine „Build-Partner-Buy-Entscheidung“ nicht automatisch für

immer und das gilt in beiden Richtungen: Selbst wenn ein Unternehmen zum Schluss kommt, eine Lösung heute selbst bauen zu müssen, weil es keine passende Basis gibt, kann es sein, dass in zwei Jahren ein offenes Software-Framework existiert, das alle Anforderungen besser erfüllt als die vormalig selbst entwickelte, eigene Lösung. Dann sollte man sich nicht zu fein sein, die vergangene Entscheidung zu revidieren.



Es wird jeden treffen

Cyber-Kriminalität wird für Unternehmen zu einem normalen Teil des Alltags. Es braucht dringend Gegenmaßnahmen.

Die JI hat vor kurzem einen nicht medienöffentlichen Austausch zum Thema Cyber-Security organisiert. Die Veranstaltung war bewusst nicht öffentlich – uns ging es um einen ersten, IV-internen Austausch zum Thema, dafür möglichst offen. Denn noch immer ist dieses Thema ein Tabu für manche. Das ist aber kontraproduktiv. Laut einer KPMG-Studie waren im vergangenen Jahr 60 Prozent aller Unternehmen von digitalen Angriffen betroffen. Es wird also ohnehin jeden treffen, es ist nur eine Frage der Zeit. Wir sollten daher dringend offener mit dem Thema umgehen, der simple Erfahrungsaustausch ist schon eine große Hilfe. Großen Dank in diesem Sinne auch an jene Unternehmen, die uns bei unserem Event an ihren Erfahrungen haben teilhaben lassen. Die Berichte waren so spannend wie ein guter Krimi. Zudem war manches Detail auch relativ beruhigend – wenn auch auf etwas verkehrte Weise.

So kann man sich z.B. im Normalfall sicher sein, dass es sich bei den Angreifern um Profis handelt. Bei Ransomware-Attacken haben sie sich das Unternehmen vorher genau angeschaut – die Forderung wird damit nicht unrealistisch sein. Bei der Abwägung, ob tage- oder wochenlangender Stillstand oder die Bezahlung der Angreifer billiger kommt, gewinnt damit oft der „einfache“ Weg. Man zahlt. Dank professioneller Hilfe via Onlinechat unkompliziert. Ein pervertierterweise gut durchdachtes und funktionierendes Geschäftsmodell. Hier muss unbedingt einiges geschehen. Einerseits müssen wir hier als Unternehmer alles tun, um uns abzusichern. Das Thema Versicherung sollte man dringend beachten und sich schon vor einem Angriff überlegen, wer einem zur Not helfen könnte. Denn eine zentrale Anlaufstelle gibt es in Österreich nicht. Es lohnt sich also sicher, präventiv schon im Vorfeld Kontakte zu privaten Anbietern zu knüpfen. Aber natürlich sollte und müsste auch der Staat mehr tun. Das wird aber aktuell ohnehin breit thematisiert, der Oktober war ja auch der „European Cybersecurity Month“. Am Ende des Tages werden wir uns als Industrie aber auch einfach gegenseitig helfen müssen – selbst die teuersten Schutzmaßnahmen schützen nie zu hundert Prozent. Daher ist es umso wichtiger, sich genau zu überlegen, was man im Ernstfall tun muss, wen man kontaktieren kann, welche Optionen man hat. Und das schon im Vorfeld und eben nicht erst nach einem Angriff.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-FACTBOX

In Österreich wünschen sich 78 Prozent der Unternehmen mehr staatliche Unterstützung bei Cyber-Angriffen.

Quelle: KPMG Studie: Cyber Security in Österreich, 2021

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Fronius International GmbH, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/Foto Fischer, IV-NÖ/Josef Bollwein, IV-OÖ/Krügl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Land Tirol, IV-Vorarlberg/Andrea C. Plüss, Ulrike Huber, IV-Wien/JI-Wien/J. Geiter

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





In dieser Ausbildung stimmt die Chemie

Die Chemie Akademie ist ein wichtiger Aus- und Weiterbildungspartner der steirischen Industrie – und das nicht nur für die chemische Industrie.

In nahezu allen Industriezweigen finden sich Absolventen der ehemaligen „Chemie Ingenieur Schule“. Aufgrund infrastruktureller Änderungen steht die Schule nun vor neuen Herausforderungen – Bund, Land und Stadt sind gefordert.

Wichtige Partnerin der Industrie

Die Chemie Akademie in Graz bietet im Süden Österreichs die einzige Plattform für die Aus-, Fort- und Weiterbildung für Erwachsene in allen Bereichen der Chemie an. Sie ist eine private Institution mit Öffentlichkeitsrecht, die schon im Jahre 1961 auf Grund von Fachkräftemangel im chemischen Bereich gegründet wurde. Mit dem Kolleg für Chemie und der Werkmeisterschule für Technische Chemie und Umwelttechnik schließt die Chemie Akademie die Lücke zwischen Lehre und Universitätsausbildung im technisch-chemischen Sektor.

Vernetzung Wirtschaft-Regionalität

Die Absolventen werden von der Wirtschaft sehr stark nachgefragt. Nicht nur die chemische und pharmazeutische Industrie haben einen hohen Bedarf an qualifizierten Chemie-Ingenieuren und Werkmeistern, sondern auch viele andere Branchen, wie die Stahl-, Papier- und Zellstoffindustrie und der gesamte Umweltsektor als weitere Beispiele. Oder anders gesagt: Überall, wo es Laboratorien gibt, sind sie von großem Interesse. Schon bisher ist der Bedarf an Absolventen deutlich höher, als die Anzahl der ausgebildeten Chemie-Ingenieure und Werkmeister. Chemieberufe gelten seit einigen Jahren als Mangelberufe.

Ausbildungen am Puls der Zeit

Die Chemie Akademie entwickelt sich permanent weiter, was auch aus ihren diversen Zertifizierungen ersichtlich ist:

- Die Chemie Akademie ist Mitglied von Ökoprotit Graz, wurde mit dem MINT-Gütesiegel des BMBWF ausgezeichnet und ist eEducation Expert-Schule im Rahmen des Kompetenzzentrums eEducation Austria des BMBWF.
- Die Chemie Akademie ist Mitglied auf der Plattform „Grüne Chemie“ des Umweltbundesamtes.
- Die Chemie Akademie durchläuft 2021/22 den Antragsprozess für das Österreichische Umweltzeichen, gefördert vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, sowie die ÖCert-Zertifizierung, eine Kooperation des BMBWF und der Länder.

Durch Vortragende, die hauptberuflich in der Wirtschaft, an Universitäten und in öffentlichen Ämtern tätig sind, sind die Ausbildungen am neuesten Stand der Technik.

Modernes Lehr-/Lernkonzept

Durch die Kürze der Ausbildungen von zwei Jahren, die intensive praktische Qualifizierung, sowie die exzellenten Berufschancen werden sehr unterschiedliche Personengruppen angesprochen. Diese Heterogenität ist eine große Herausforderung für die Vermittlung der Inhalte, da das Vorwissen sehr unterschiedlich ist. Um dem gerecht zu werden und vor allem um wichtige „21st Century Skills“ zu vermitteln, wurde 2019 ein neues, offenes und hoch individualisiertes Lernkonzept – der LernRaum Chemie – eingeführt. Damit können alle Anfänger spezifisch angesprochen und gefördert wie auch innerhalb von zwei Jahren auf die berufliche Praxis ideal vorbereitet werden.

Frauen in die Technik – nicht nur ein Wunsch!

Der Frauenanteil von über 60 Prozent bei den Absolventen zeigt, dass technische Berufe für Frauen sehr attraktiv sein können. Die Chemie ist seit jeher einer der naturwissenschaftlichen Bereiche, in denen die meisten Frauen anzutreffen sind.

Neue Herausforderungen

Die Chemie Akademie steht vor einer neuen Herausforderung: Ein neuer Standort muss gefunden werden! Dies ist einerseits durch das Auslaufen des Mietvertrages am derzeitigen Standort, andererseits durch eine Erhöhung der Studienplätze auf Grund der großen Nachfrage notwendig.

Als private Institution mit Öffentlichkeitsrecht sind die finanziellen Mittel nicht ausreichend, um einen neuen Standort mit neuen Laboratorien aus eigenen Kräften zu finanzieren. Daher sind eine Förderung aus öffentlichen Mitteln und eine Unterstützung der Wirtschaft unumgänglich. An einer solchen Lösung wird derzeit gemeinsam mit dem Land Steiermark und der Stadt Graz gearbeitet.

„Der Fortbestand der Institution Chemie Akademie ist essenziell für die Bildungslandschaft und die Wirtschaft im Süden Österreichs. Ohne ihr Weiterbestehen würde sich der Fachkräftemangel in diesem Sektor dramatisch zuspitzen“, betont Götz Pelikan, Geschäftsführer der Allnex Austria GmbH und Mitglied im Vorstand der Industriellenvereinigung Steiermark.

Die Ausbildungen der Chemie Akademie haben einen enorm hohen Stellenwert für Unternehmen in der Steiermark und darüber hinaus. Weiters wird durch sie vielen Personen mit unterschiedlichsten Vorkenntnissen eine gefragte und kurze Ausbildung ermöglicht. Es gilt sicherzustellen, dass diese Qualifizierungen auch in Zukunft in der Steiermark angeboten und so zu einer Standortsicherung beitragen werden.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.chemie-akademie.at





IV-Präsident Knill (r.) gratulierte den Gewinnern des Teacher's Award in der Kategorie Wirtschaftskompetenz.



Äpfel und Birnen

„Einkommen und Vermögen sind in Österreich ungleicher verteilt als anderswo“; „Österreichs Frauen arbeiten im Vergleich zu Männern mehr als zwei Monate im Jahr gratis“. Diese beispielhaft angeführten, immer wieder gehörten Thesen haben drei Dinge gemeinsam: Erstens die Anliegen dahinter sind grundsätzlich berechtigt, die Thesen dennoch nicht haltbar. Sie gehen zweitens an den Ursachen der angesprochenen Probleme völlig vorbei und machen so drittens deren Lösung schwieriger.

Auf Basis internationaler Analysen kommen Experten und NGOs immer wieder zum Schluss, dass das Vermögen in Österreich besonders ungleich verteilt ist. So auch jüngst im Herbst dieses Jahres. Dabei werden jedoch nur allzu gerne Vermögen auf Basis sehr unterschiedlicher Definitionen miteinander verglichen. Ein Beispiel: Was in den Studien gänzlich ausgeblendet wird, ist das in Österreich stark ausgeprägte Vermögen in Form der Pensionsanwartschaft. Es stellt aber eine zentrale Vermögensposition (neben Geld- und Immobilienvermögen) dar, für die in Form von Pensionsbeiträgen während des Erwerbslebens angespart wurde. Dieses sozialversicherungsrechtlich abgebildete, aber oft „vergessene Vermögen“ ist in Österreich besonders hoch (im Durchschnitt über 300.000 Euro netto) und wirkt noch dazu – aufgrund der Höchstbemessungsgrundlage – unverteilt. Ende Oktober wurde der Equal Pay Day begangen – die Schlussfolgerung: Frauen arbeiten in Österreich 68 Tage unbezahlt. Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit ist absolut inakzeptabel. Aber das ist nicht das, was uns der „Equal Pay Day“ sagt. Vielmehr sagt er uns, dass die Teilzeitquote in Österreich bei Frauen enorm hoch ist, dass Frauen nach der Geburt von Kindern spät und nur in geringem Ausmaß ins Erwerbsleben zurückkehren, oder auch dass Frauen wenig Zugang zu (hoch bezahlten) technischen Berufsfeldern finden. Warum das alles so ist – Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten, Berufsorientierung usw. – bleibt nicht nur offen, es wird meist gar nicht ernsthaft diskutiert.

Mit verkürzten Botschaften und vielfach auch Anschuldigungen werden leider allzu oft Reflexe und Vorurteile bedient. An den wahren Ursachen der aufgezeigten Problemlagen gehen sie praktisch immer vorbei. Der Anspruch von Personen und Organisationen, die an der positiven Entwicklung unseres Landes mitwirken wollen, soll und muss es sein, die Vielschichtigkeit der Ursachen zu beleuchten und Lösungsvorschläge für alle identifizierten Stellhebel zu erarbeiten. Der Vergleich von Äpfeln mit Birnen tut uns allen nicht gut. Und auch nicht der Sache.

Ihr

 Stefan Stoltzka,
 Präsident der IV-Steiermark

Auszeichnungen: MINT-Gütesiegel & Teacher's Award

17 der österreichweit 58 verliehenen MINT-Gütesiegel sowie der Sieg beim Teacher's Award gehen in die Steiermark.

Das MINT-Gütesiegel stellt eine bundesweit gültige Auszeichnung für innovatives Lernen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) mit vielfältigen Zugängen für Mädchen und Burschen dar. Bei der Verleihung des MINT-Gütesiegels 2021-2024 kommen 17 Ersteinreichungen aus der Steiermark. Die von der Industriellenvereinigung Steiermark mitinitiierte Zertifizierung steht für die hohe Qualität in den jeweiligen Einrichtungen. In der Steiermark tragen bereits 110 Bildungsinstitutionen das MINT-Gütesiegel. Eine Auszeichnung, die aber nicht nur für

die Vermittlung wesentlichster Kompetenzen steht, sondern auch für das großartige Engagement der Pädagogen.

Teacher's Award für Kooperationsprojekt

Und auch beim diesjährigen Teacher's Award war die Steiermark höchst erfolgreich. Eine Kooperation zwischen der Volksschule Gröbming und der HAK Liezen hat die Jury des 9. IV-Teacher's Award in der Kategorie Wirtschaftskompetenz überzeugt. Für dieses Projekt durchsuchten Daniela Warter und Wolfgang Lechner die Lehrpläne von Volksschule und HAK nach Gemeinsamkeiten

und identifizierten – ausgehend von den täglichen Erfahrungen der Kinder – gemeinsame Themenbereiche rund um die Wirtschaft. Partner aus der Region und der Wirtschaft wurden besucht und analysiert. Dabei stand gemeinsames Lernen im Vordergrund – die HAK-Schüler gestalteten Workshops für die Volksschulkinder, die wiederum etwa selbstkonstruierte Fahrzeuge programmieren und auf überdimensionalen Landkarten europäische Transportwege nachstellen. Über eine gemeinsame Lernplattform entstand auch eine gemeinsame Schulzeitung, nach wie vor sind Lehrer und Schüler beider Schultypen verbunden.



IV-Präsident Knill (r.) und BM Faßmann (l.) gratulierten den Steirischen und Kärntner Ersteinreichern zum MINT-Gütesiegel.



Start-ups im Fokus der Innovationsgespräche Süd

Die Innovationsgespräche der Innoregio Süd widmeten sich 2021 dem großen Potenzial in der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Start-ups.

Nicht nur für das Forschungsnetzwerk Innoregio Süd ist „Innovation durch Kooperation“ das Motto. Es beschreibt auch die enge Zusammenarbeit der Industriellenvereinigungen der Bundesländer Kärnten und Steiermark auf dem Gebiet der Innovation. Ein Highlight sind in diesem Zusammenhang die alljährlichen Innovationsgespräche, die 2021 ganz im Zeichen der Zusammenarbeit von etablierter Industrie und Start-ups standen. Als Keynote-Speaker stand den steirischen wie Kärntner F&E-Experten Business Angel Michael Altrichter zur Verfügung. Bekannt unter anderem vom TV-Format „2 Minuten, 2 Millionen“ brach Altrichter in diesem Kreis eine Lanze für mehr Mut und die dringende Notwendigkeit eines positiven Risikokapital-Mindsets in der österreichischen Gesellschaft. Österreich sei eine Nation der Bausparer und Lottospieler, wie Altrichter betonte. Das Umdenken müsse jedoch früh beginnen, spielte er auf die Implementierung von Wirtschaftsbildung und unternehmerischem Denken in den schulischen Alltag an.

Start-ups nicht einbremsen!

Einen Einblick in die Praxis boten die Vertreter der etablierten Industrie wie auch jene aus Start-ups beider Bundesländer.

An der Diskussion, wie Kooperationen gelingen und Synergien genutzt werden können, nahmen Martin Reiner (Flex), Thomas

Wiedner (Energie Steiermark), Matthias Ruhri (Probando), Jennifer Simonjan (Pikt-ID) sowie die beiden Vorsitzenden der In-

novationsplattformen der IV-Kärnten und der IV-Steiermark, Roland Waldner und Stefan Rohringer, teil.



LR Barbara Eibinger Miedl, IV-Kärnten-Präsident Timo Springer (r.) und IV-Steiermark-Präsident Stefan Stoltzka (l.) eröffneten die Innovationsgespräche Süd mit Michael Altrichter.

WELCOME ON BOARD

Müllex – Abfallverwertung seit über 30 Jahren

Der Kernbereich der Müllex-Umwelt-Säuberung-GmbH besteht in der Abfuhr und der Behandlung bzw. Verwertung von nicht gefährlichen und gefährlichen Abfällen.

Im Jahr 1980 mit drei Mitarbeitern gegründet, wurde 1987 die Betriebsstätte am Standort Markt Hartmannsdorf errichtet und mit der Problemstoffsammlung begonnen. Um die stetige Expansion bewerkstelligen zu können, wurde 1996 die Firmenzentrale in Pirching erbaut. Die Müllex-Umwelt-Säuberung-GmbH beteiligte sich im selben Jahr an der Firmengründung der ABCO, einer Kooperation österreichischer Entsorger für flächendeckende österreichweite Entsorgungslösungen. 1999 wurde das abfallwirtschaftliche Kompetenzzentrum am EMAS-Standort in St. Margarethen an der Raab errichtet. Es bietet jegliche Dienstleistungen für Gemeinden, Betriebe und Privathaushalte an – angefangen bei der Aufbereitung von Altholz und Siedlungsabfällen über Recycling diverser Altstoffe und Zwischenlagerung von gefährlichen Abfällen bis hin zur Behälter- und Containerbereitstellung.

Die Standorte in Pirka und Sinabelkirchen werden seit 2015 als Lagerplätze für nicht gefährliche Abfälle genutzt. Mit Hilfe modernster Technik werden die Abfallmengen auf ein Minimum reduziert und damit eine umweltgerechte Verwertung und Entsorgung gewährleistet.

Bei der Organisation der betrieblichen Abläufe wird besondere Rücksicht auf ökologische und ökonomische Rahmenbedingungen genommen. Nachdem die Müllex-Umwelt-Säuberung-GmbH bereits 1995 ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001 implementierte, kann mittlerweile auch auf die erfolgreiche Einführung der Umweltmanagementsysteme nach ISO 14001 und EMAS zurückgegriffen werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen und behördlichen Vorschriften ist für das Unternehmen selbstverständlich – ebenso wie die Verantwortung für den Lebensraum. Im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten versucht Müllex, die Auswirkungen seiner Dienstleistungen auf die Umwelt durch Expertise und den Einsatz modernster Technik kontinuierlich zu reduzieren.

